iBUS
Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiter*innen

TÄTIGKEITSBERICHT 2022

Eckdaten

Adresse: Schöpfstrasse 19, 6020 Innsbruck
Telefonnummer (+Whatsapp): +436604757345
Emailadresse: ibus@aep.at
Homepage: www.aep-ibus.at
Beratungszeiten: Dienstags von 09:00-16:00, Donnerstags 09:00-13:00
Terminvereinbarungen außerhalb der regulären Beratungszeiten sind auch möglich und können nach Bedarf vereinbart werden. Beratungen sind vertraulich, anonym und kostenfrei.

Zielgruppe
Menschen, die aktiv in der Sexarbeit tätig sind oder waren.

Beratungsangebot

- aufsuchende Informations-, Beratungs- und Unterstützungsarbeit (Streetwork) zu sozial-, rechtlichen- und gesundheitlichen Fragen an den Arbeitsorten von Sexarbeiter*innen
- Informations-, Beratungs- und Unterstützungsarbeit zu sozial-, rechtlichen- und gesundheitlichen Fragen bei uns im Büro (Schöpfstrasse 19)
- Informations-, Beratungs- und Unterstützungsarbeit zu sozial-, rechtlichen- und gesundheitlichen Fragen bei den Gesundheitsuntersuchungen in den Bezirken

Sexarbeit
Wir sprechen von Sexarbeit, um einen akzeptierenden und unterstützenden Zugang gegenüber Sexarbeiter*innen begrifflich zu transportieren und um den Fokus auf die Forderung nach umfassenden Arbeits- und Sozialrechten für sexuelle Dienstleister*innen (Frauen, Transgender-Personen sowie Männer die in den sexuellen Dienstleistungen tätig sind) zu richten.

iBUS ist ein seit 2013 bestehendes Projekt der AEP-Familienberatungsstelle in Innsbruck zur Beratung, Unterstützung und Begleitung von Sexarbeiter*innen. iBUS bietet Personen, die in den sexuellen Dienstleistungen arbeiten oder gearbeitet haben, vertrauliche und anonyme Beratungen bei sozialen, rechtlichen sowie gesundheitlichen Belangen an und orientiert sich dabei an deren individuellen Bedürfnissen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Förderung, Unterstützung und Ermöglichung der Autonomie, der Selbsthilfe und des Empowerment der Sexarbeiter*innen anhand von einem niederschwelligen akzeptierenden Zugang zur Zielgruppe, durch aufsuchende Sozialarbeit sowie einem differenzierten Beratungs- und Unterstützungsangebot. Als Beratungseinrichtung und Interessensvertretung setzt sich iBUS für eine Entkriminalisierung und Anerkennung von Sexarbeit als Erwerbsarbeit ein. iBUS kämpft gegen die Stigmatisierung und Diskriminierung von Sexarbeiter*innen und engagiert sich für eine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen. Das geschieht durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit, Bildungsarbeit sowie Vernetzungen mit Systempartner*innen und regelmäßigem Austausch mit der Polizei und der Politik.

Angebote für Sexarbeiter*innen

- **Streetwork/Aufsuchende Arbeit**

Aufsuchende Beratung und Gesundheitspräventionsarbeit in Bordellen sowie auf Gesundheitsämtern. Abgabe von „give aways“ (Tüten mit Kondomen, soft tampons, mehrsprachigen Infomaterialien, etc.).

- **Beratung**

Ausgehend vom Grundsatz 'Hilfe zur Selbsthilfe' werden Beratungen und psychosoziale Unterstützung zu folgenden Themenschwerpunkten angeboten:

- Rechtliche und soziale Beratung (Aufenthalt, Migration, Diskriminierung, Sexualität)
- Arbeits- und sozialrechtlicher Schutz sowie tatsächliche Arbeits- und Rahmenbedingungen in der Sexarbeit (legales Arbeiten, v.a. in Zeiten von Corona, persönliche Meldepflichten, Steuerpflichten, Sozialversicherungspflichten, Landesgesetzliche Besonderheiten)

- Gesundheitsförderung und Prävention: Infektionsschutz, Safer-Sex-Praktiken und Empfängnisverhütung, Vorbeugung gesundheitlicher Risiken (Strategien zur Durchsetzung von Safer Sex Praktiken bei Kunden)
- Unterstützung bei Beziehungs- und Gewaltkonflikten
- Existenzsicherung
- Information und Unterstützung bei beruflicher Umorientierung sowie mehrsprachige arbeitsmarktbezogene Beratung im transkulturellen Kontext.

Die Beratungen sind vertraulich, anonym und kostenfrei und können nach Bedarf vereinbart werden.

Ausgangssituation

In Österreich gibt es neun unterschiedliche gesetzliche Rahmenbedingungen in den einzelnen Bundesländern. Für Tirol gilt, dass die Anbahnung und Inanspruchnahme von Sexarbeit außerhalb behördlich genehmigter Bordelle und Erlaubniszonen illegal und strafbar ist. Sexarbeiter*innen, welche auf der Straße oder in eigenen Räumlichkeiten tätig sind, arbeiten illegal, erhalten aber Zugang zu kontinuierlichen amtsärztlichen Untersuchungen am Gesundheitsamt, die durch den Bund sechswöchentlich vorgeschrieben sind.
Umfeld und Rahmenbedingungen, in denen Sexarbeit angeboten wird, sind äußerst komplex und es ist sehr schwierig die Zielgruppe, trotz erheblichem Bedarf, mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten zu erreichen. Ein Unterstützungs- und Beratungsangebot setzt unseres Erachtens einen akzeptierenden und nicht wertenden Ansatz voraus. Es gilt, bestehende Klischees und Vorurteile zu überwinden. Der konkrete Bedarf nach Unterstützung und Beratung kann letztendlich nur aus dem Blickwinkel betroffener Sexarbeiter*innen selbst formuliert werden. Dies setzt ein Hin- und Zuhören, eine wertschätzende Begegnung und die Anerkennung der Eigenständigkeit und Selbstbestimmung betroffener Personen voraus. Wichtig für die Vertrauensbildung sind auch „give aways“ –Säckchen mit Kondomen, Infobroschüren und anderen Arbeitsmaterialien – die wir im Rahmen der aufsuchenden Arbeit gratis an Sexarbeiter*innen verteilen und die als „ice breaker“ fungieren.
Sexarbeitende sind in Österreich – und auch in vielen anderen Ländern – von struktureller Gewalt betroffen. Gerade die Coronakrise und aktuelle Diskussionen um ein mögliches Verbot von Sexarbeit durch ein Sexkaufverbot machen sichtbar, wie prekär die Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter*innen sind. Sie haben viele Pflichten zu erfüllen,

jedoch wenig Zugang zu ihren Rechten. Restriktive Migrationsgesetze und -politik, fehlende Arbeitsrechte, Registrierungspflicht und verpflichtende Kontrolluntersuchungen sind dabei einige wesentliche Elemente. Die Gründe für Gewalt gegen Sexarbeiter*innen sind vielschichtig: Sexarbeiter*innen stehen in der gesellschaftlichen Hierarchie weit unten und werden nach wie vor als "unmoralische" Personen gesehen, die "Bestrafung" verdienen würden. Neben dem sozialen Stigma fördert aber auch die Illegalisierung und Kriminalisierung von Sexarbeit ein Klima, in dem Gewalt gegen Sexarbeiter*innen toleriert wird. Restriktive Migrationspolitik sowie diskriminierende gesetzliche Regelungen zur Ausübung der Sexarbeit entziehen Sexarbeiter*innen auf struktureller Ebene Menschen- und Grundrechte.

Aufsuchende Soziale Arbeit & Beratung

Sexarbeiter*innen kommen sehr selten von sich aus in eine Beratungsstelle. Es braucht daher eine regelmäßige aufsuchende, vertrauens-herstellende Kontaktaufnahme an jenen Orten, an welchen die Sexarbeiter*innen tätig sind. Erreichbar sind diese in den behördlich bewilligten Bordellen, am Gesundheitsamt sowie über Kontaktanzeigen im Internet bzw. Printmedien. Der Zugang zu Sexarbeiter*innen erfolgt über einen sehr niederschwelligen und sozialarbeiterischen Ansatz – im illegalisierten sowie auch im legalen Bereich. Bei der aufsuchenden Arbeit werden geschulte Sozialarbeiterinnen eingesetzt, Informationen – an die Problematik der verschiedenen Settings des Sexgewerbes angepasst und in verschiedene Sprachen übersetzt – sowie qualitativ hochwertige Kondome und andere relevante Artikel (Intimpflege, Soft Tampons etc.) zu verteilen. Dadurch entsteht die Möglichkeit ein Vertrauensverhältnis zu schaffen, um die Thematik der sexuellen Gesundheit und des „Safer Sex“ anzusprechen sowie Zugang zu den Frauen mit einem spezifischen Beratungs- und Unterstützungsbedarf (zu den Themen Gewalt, sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Fragen, berufliche Umorientierung, existentielle Absicherung) zu bekommen.

iBUS
Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiter*innen

Zielerreichung

iBUS ist eine Beratungsstelle für Sexarbeiter*innen. Zentrale Aufgabe im Jahr 2022 war - wie die Jahre zuvor – das Herstellen von Infokontakten, die Beratung von Sexarbeiter*innen, sowie öffentliche Sensibilisierungsarbeit.

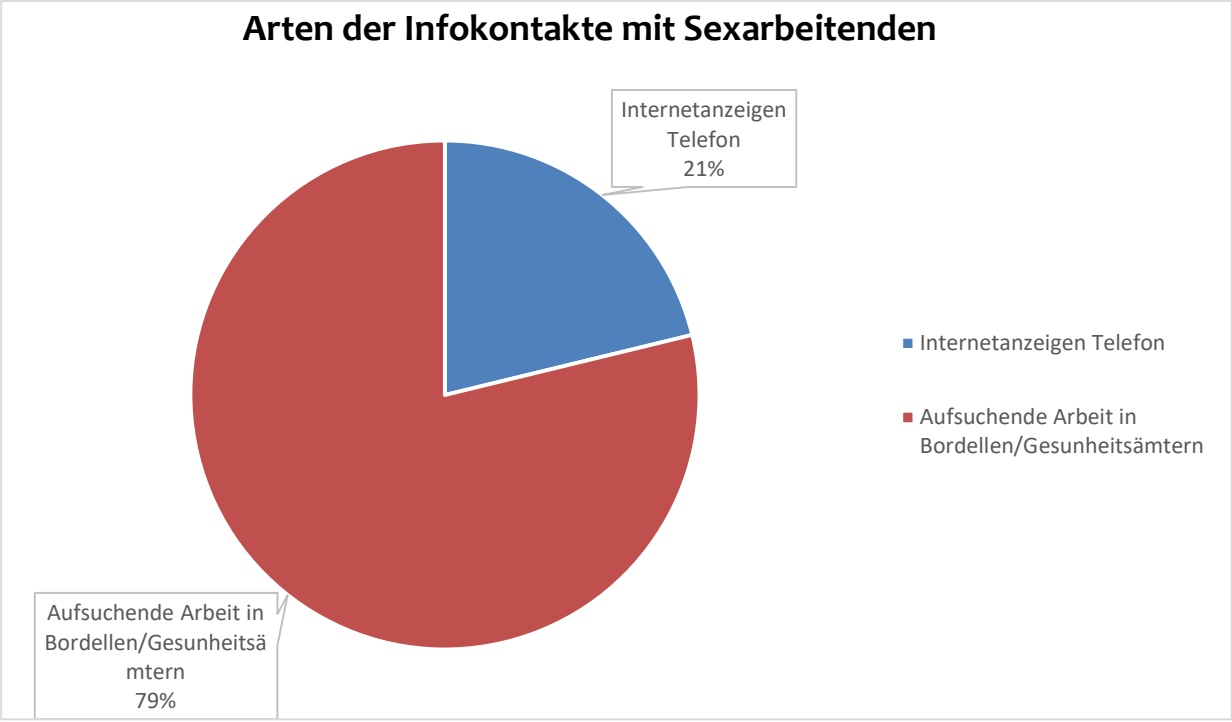
Im Konkreten setzt sich dies aus folgenden Aufgaben zusammen: aufsuchende Arbeit in Betrieben und auf Gesundheitsämtern, die persönliche oder telefonische Beratung von Sexarbeiter*innen (inkl. Behördengänge/Amtswege) sowie Bildungsarbeit, um gegen die Stigmatisierung von Sexarbeit zu kämpfen (Vorträge mit Publikum, Fotoausstellung, Multiplikator*innentraining, Universität Innsbruck/MCI etc.). Andere Tätigkeitsbereiche sind lokale sowie bundesweite Vernetzungstätigkeiten mit Systempartner*innen, der Polizei und der Politik und die Abwicklung von administrativen Tätigkeiten.

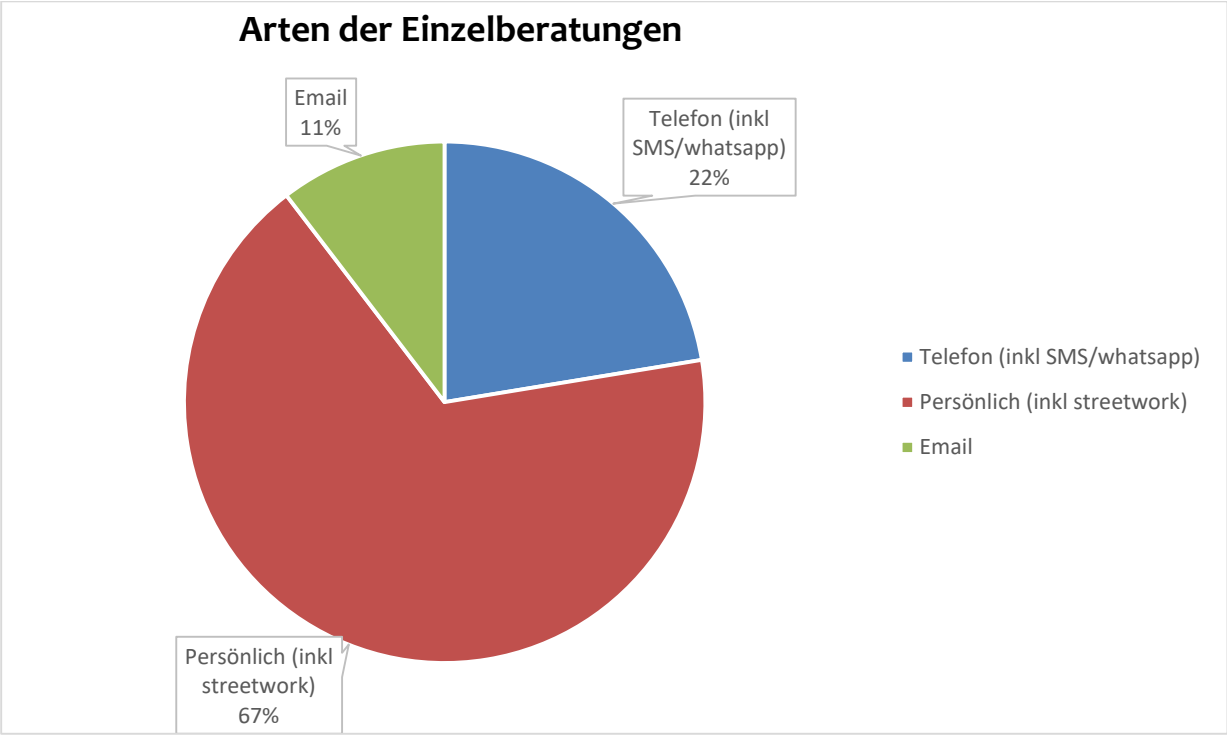
Neben dem sichtbaren legalen Bereich wurde das Arbeitsfeld auch in den ‚unsichtbaren' Bereich erweitert. Dies wurde einerseits durch Kontaktaufnahme per Telefon, per e-mail und über Kontaktaufnahme in den einschlägigen Internetportalen erreicht. Unsere im Jahr 2021 stark ausgebaute und mehrsprachige Homepage erleichtert vielen Sexarbeitenden den Schritt, sich an uns zu wenden.
Der Zugang zu Sexarbeiter*innen in behördlich bewilligten Bordellen setzt die Kooperations-Bereitschaft von Bordellbetreiber*innen voraus – das bedeutet, dass vertrauensbildende Maßnahmen auf beiden Ebenen erforderlich sind. Die Praxis zeigt, dass es Kontinuität und weitere Arbeit benötigt, um diesen Zugang zu erhalten und auszubauen. Angebote von außen werden anfangs mit großer Skepsis und Misstrauen wahrgenommen – sowohl von den Betreiber*innen als auch von den Sexarbeiter*innen selbst. Sexarbeiter*innen erleben Angebote manchmal auch bedrohlich, zumal ihre Tätigkeit weder gesellschaftliche Anerkennung findet noch durchgängig legal ist.

Im Jahr 2022 kamen **415 Infokontakte** mit Sexarbeiter*innen zustande, welche über das Beratungsangebot von iBUS informiert wurden. Dies ist eine starke Steigerung gegenüber dem Vorjahr und ist auf die regelmäßige aufsuchende Arbeit und den Ausbau der Homepage sowie die Schaffung eines eigenen iBUS Instagram Accounts zurückzuführen.

Es fanden intensive Beratungsprozesse mit **125 Einzelberatungen** von **72 Sexarbeiter*innen** im Ausmaß von **103,5 Stunden** statt.

iBUS
Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiter*innen





Direkte Kontaktaufnahme mit Sexarbeiter*innen über:

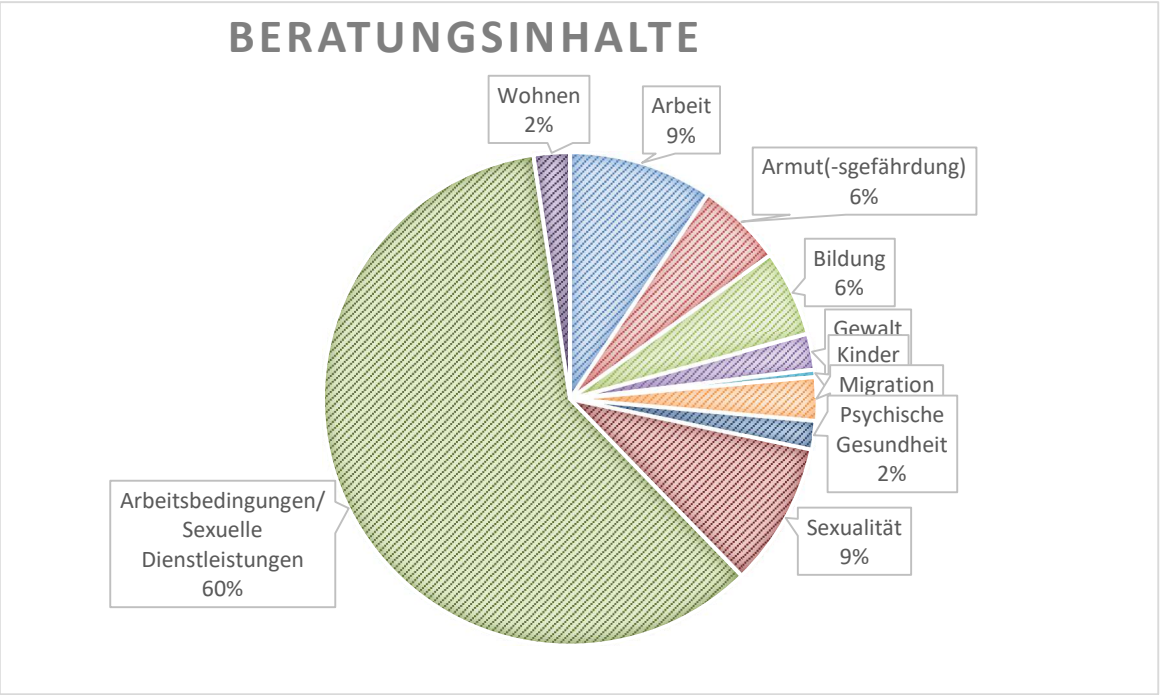
- Bordellbetriebe (hier erreichen wir Sexarbeitende aus 7 Betrieben)
- Gesundheitsuntersuchungen in den Bezirken (hier erreichen wir Sexarbeitende aus 2 Betrieben)
- SMS/Whatsapp/Instagram/Facebook
- Paket mit give aways und Infomaterialen an Bordell in Reutte versandt

iBUS wird aktiv kontaktiert von Sexarbeiter*innen über:

- Infomaterialien von iBUS, die sie von uns auf dem Gesundheitsamt oder in den Betrieben erhalten haben
- iBUS Homepage: www.aep-ibus.at
- iBUS Instagram Account
- AEP Facebook Seite
- Sexarbeiter*innen, die über andere Sexarbeiter*innen von iBUS gehört haben
- Sexworker Forum / www.sexworker.at
- Kund*innen von Sexarbeiter*innen
- Andere Beratungseinrichtungen / Netzwerk- und Kooperationspartner*innen

Beratungsinhalte der Beratungsprozesse

Die von iBUS durchgeführten Beratungen (persönlich, telefonisch, whatsapp oder email) hatten 2022 folgende Themenschwerpunkte:



iBUS
Innsbrucker Beratung
und Unterstützung für
Sexarbeiter*innen

Aufsuchende Arbeit

Der Innsbrucker Straßenstrich wurde durch die Polizei ab 2016 zunehmend in den unsichtbaren Bereich verdrängt und ist seit 2018 so gut wie nicht mehr vorhanden. Verstärkte Einschränkungen – wie die 2017 eingeführte Novellierung des Landespolizeigesetzes – führen dazu, dass der Beruf der Sexarbeiter*in immer prekärer wird und ins Unsichtbare/Verborgene gedrängt wird. Die Novellierung des Landespolizeigesetz in Tirol zeigt eine regulative Haltung des Landesgesetzgebers gegenüber Sexarbeit und lässt eine, anderen europäischen und internationalen Entwicklungen (z.B. in Deutschland oder Neuseeland) entsprechende, Entkriminalisierung sowie Liberalisierung nach wie vor vermissen.
Anstatt Sexarbeit als gesellschaftliche Realität anzuerkennen und die Situation ihrer Ausübenden in den Mittelpunkt legistischer Änderungen zu stellen, bedingt die Novellierung eine weitere Verschärfung des bestehenden Kontrollsystems – vor allem das Verbot, sexuelle Dienstleistungen außerhalb der genehmigten Betriebe anzubieten, die Möglichkeit der Bestrafung von Kund*innen sowie die höher werdenden Geldstrafen weisen in Richtung mehr Kontrolle, Beschränkungen und Regulierung.
Die Novellierung scheint vorwiegend an sicherheits- und ordnungspolitischen Zielsetzungen sowie Anrainer*inneninteressen orientiert zu sein, und nicht an dem Ziel, die Rechte von Sexarbeiter*innen zu stärken und zu schützen. Generell wird nach wie vor ein stark negatives Bild der Erwerbstätigkeit in der Prostitution vermittelt, welches aus stereotypisierenden und moralisierenden Inhalten ersichtlich wird. Einerseits werden SDL weiterhin als Kriminelle dargestellt, vor denen die Anrainer*innen geschützt werden müssen - andererseits wird die Gruppe der Sexarbeiter*innen als Opfer konstruiert, die schwach sind und gerettet werden müssen, wobei ein sehr stereotypisiertes Bild der Zielgruppe propagiert und hergestellt wird. Das Landespolizeigesetz von 2017 bringt keine Entkoppelung von Sexarbeit und Kriminalität, da Sexarbeit auch weiterhin im Landespolizeigesetz verankert bleibt. Dadurch wird ein Naheverhältnis der Sexarbeit zur Sphäre der Kriminalität festgeschrieben, welches die Zielgruppe weiterhin stigmatisiert. Verbote schützen Sexarbeiter*innen nicht und sind auch kein Beitrag zur Gleichberechtigung. Sie verhindern eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema und schaffen unsichere Arbeitsbedingungen.
Sicherheit in der Arbeit ist aber ein zentrales Thema, um Gewalt und Ausbeutung zu verhindern: selbstbestimmte Arbeitsmöglichkeiten und arbeitsrechtliche Absicherung, sichere Arbeitsplätze mit ausreichender sanitärer Infrastruktur, Freiheit bei der Kund*innenwahl und in der angebotenen Dienstleistung, kein Zwang zum Alkohol- oder Drogenkonsum, Zugang zu Safer Sex und Unterstützungsmöglichkeiten durch

Vertrauenspersonen – das sind die Rahmenbedingungen, für die sich iBUS in Innsbruck einsetzt und für die wir uns auch im Jahr 2022 in der Tiroler Landespolitik und in der Innsbrucker Gemeindepolitik stark gemacht haben.
Durch das Landespolizeigesetz 2017 wurde die Ausübung von Sexarbeit noch weiter erschwert, womit die Gefahr von Übergriffen, Gewalt und Isolation verstärkt wird. In der Sexarbeit tätige Personen werden nach wie vor nicht als Dienstleister*innen gesehen, für die bezüglich des Arbeitsplatzes Dienstleister*innenschutzbestimmungen zu gelten haben. iBUS stellt wiederholt fest, dass Sexarbeiter*innen in politische Entscheidungsprozesse gar nicht oder nicht genügend miteinbezogen werden und somit der Gesetzgebungsprozess den Ansprüchen einer partizipativen Demokratie keinesfalls entspricht.
Auch unsere Arbeit wurde durch diese Verdrängung in die Illegalität erschwert und Sexarbeitende im illegalisierten Bereich sind dadurch schwer erreichbar geworden. Wir haben deshalb unsere Homepage stark ausgebaut und wissen, dass wir dadurch einen Teil dieses Bereiches erreichen.

In diesem Zusammenhang betont iBUS und der AEP abermals ihre Forderungen:

- Liberalisierung des Landespolizeigesetzes, um selbständiges Arbeiten in diesem Bereich zu gewährleisten und Abhängigkeiten von Bordellbetreiber*innen und dadurch die vorhandene Scheinselbständigkeit abzubauen.
- Errichtung einer Erlaubniszone auf Gemeindeebene, damit die in den unsichtbaren Bereich verdrängten Sexarbeiter*innen wieder legal dort arbeiten können.
- Keine weitere Illegalisierung und Kriminalisierung von Sexarbeiter*innen, auch nicht indirekt durch eine Kundenbestrafung.
- Rechtliche Gleichbehandlung und Gleichstellung von Sexarbeiter*innen mit anderen Erwerbstätigen durch die Entkriminalisierung der Sexarbeit und entsprechende aufenthaltsrechtliche Änderungen.
- Schutz vor Prekarisierung, Diskriminierung, Sexismus und Rassismus.
- Sexarbeiter*innen sollen in politische Entscheidungsprozesse miteingebunden werden.
- Sexarbeiter*innen mit gleichem Respekt und Anerkennung behandeln wie andere Arbeitnehmer*innen auch.

Begleitungen:

iBUS führte 2022 Begleitungen zu folgenden Stellen durch:
Begleitungen zum Gesundheitsamt, zum Finanzamt, zur Polizei, zum Meldeamt, zum Stadtmagistrat und zur Bezirkshauptmannschaft.

Um den Zugang zur Zielgruppe zu erleichtern wurden 2022 folgende Aktivitäten zusätzlich oder verstärkt umgesetzt:

- Mehrsprachiger Ausbau unserer Homepage.
- Verstärkte Anfertigung von Infomaterialien.
- Vernetzung und bundeslandübergreifender Austausch mit anderen Beratungseinrichtungen für Sexarbeiter*innen, da bei der Zielgruppe eine hohe Mobilität vorhanden ist.
- Sensibilisierung der Vertreter*innen der Gesundheitsberufe und Einrichtungen von niederschwelligen Angeboten bzgl. des Beratungs- und Unterstützungsangebot von iBUS.

Öffentlichkeitsarbeit 2022

Bei der Zielgruppe handelt es sich um eine gesellschaftlich stark diskriminierte Gruppe von Personen. Neben der direkten Unterstützung von Sexarbeiter*innen der Abbau von Diskriminierung und Stigmatisierung erklärtes Projektziel von iBUS. Einrichtungen, Bezirkshauptmannschaften, Polizei, sowie Politiker*innen und interessierte Multiplikator*innen, Studierende, Universitäten, etc. sind dabei wichtige Systempartner*innen.

2022 wurden Mitglieder unterschiedlicher Anspruchsgruppen sensibilisiert und motiviert, sich aktiv für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter*innen einzusetzen. Die Mitarbeiterinnen von iBUS stellen in diesem doch sehr spezifischen Arbeitsfeld die fachliche Expertise dar, da sie durch ihre aufsuchende Arbeit die tatsächlich vorherrschenden Probleme der Zielgruppe –wie nur wenige andere – kennen und sie mit jenen Herausforderungen, die auf einer theoretischen Metaebene zu bearbeiten sind, verknüpfen können.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wollten wir im Jahr 2022 vor allem auf die prekäre Lage von Sexarbeitenden während der Pandemie aufmerksam machen. Die Öffentlichkeitsarbeit von iBUS wird zum Großteil vom Land Tirol Soziales - Gewaltprävention gefördert.

Entstigmatisierungsarbeit - Gewaltpräventionsförderung

Im Zuge einer eigenen Förderung aus dem Gewaltpräventionstopf konnten Schulungen an folgenden Einrichtungen abgehalten werden:

- Gender Master (11.1.2022)
- Soziologie (17.1.2022)
- Erziehungswissenschaft (4.2.2022)
- 2 Mal in der Sozialpädagogik in Stams (5.4. und 25.4.2022)
- PHT im Fach Wirtschaftsethik (26.4.2022)
- und im Studiengang Rechtswissenschaft (3.6.2022)

Zusätzlich war es uns möglich, einen Vortrag bei der Taskforce Menschenhandel, das vom Innenministerium ausgeht, zu halten (25.10.2022), siehe Artikel unten.

Ein weiterer Teil des Antrags waren Polizeischulungen. Wir konnten 2 Polizeischulungen durchführen: am 17.8., am 27.10.

Wie geplant, wurden 3 Presseaussendungen geschrieben, übersetzt und veröffentlicht. Am 2. Juni konnten wir bei der Annasäule einen Infostand aufstellen.

Die geplante Kampagne zu den 16 Tagen gegen Gewalt an Frauen wurde abgehalten, graphisch aufgearbeitet und als Broschüre gedruckt am 25.11.2022 in der Stadt verteilt.

Presseaussendung zum 3.3.2022

Anlässlich des diesjährigen Internationalen Tages der Rechte von Sexarbeitenden machen wir, iBUS – Innsbrucker Beratung und Unterstützung von Sexarbeitenden, auf folgende Missstände aufmerksam:

- Inhomogene Gesetzeslage zu Sexarbeit in Österreich
- Kriminalisierung von Sexarbeit

- Restriktive Regelungen und somit Verdrängung der Sexarbeitenden in den illegalisierten Bereich

In Österreich gibt es keine homogene Gesetzeslage. Die Bundesländer entscheiden selbst darüber, welche Formen von Sexarbeit, an welchem Ort, von wem und unter welchen Bedingungen angeboten werden dürfen.

Kriminalisierung liegt in Österreich durch sexarbeitsspezifischen Straftatbestände sowie durch alle zusätzlichen sexarbeitsspezifischen Ordnungsregelungen vor. Diese Sonderregelungen stigmatisieren Sexarbeitende als hilflose Opfer.
Sich auf Sexarbeit beziehende gesetzliche Regelungen sind von vielen Restriktionen geprägt. In Tirol ist legales Arbeiten nur in genehmigten Bordellbetrieben möglich – oder in Erlaubniszonen, von denen es jedoch keine gibt.

Sexarbeit kann nur als selbständige Tätigkeit durchgeführt werden. Dies soll garantieren, dass Sexarbeitende selbst entscheiden können, welche Dienstleistung sie mit welchem Kunden zu welchem Preis leisten wollen.
Von manchen Bordellbetreibenden werden viele Vorgaben gemacht: Preise und anzubietende Dienstleistungen werden vorgegeben, Gesundheitsbücher oft abgenommen, Arbeitszeiten können oft nicht frei bestimmt werden, etc.

Durch die Restriktionen werden Sexarbeitende in die Illegalität gedrängt: Wer sich den Bedingungen der Bordellbetreibenden nicht beugen will, kann nur im illegalisierten Bereich arbeiten. Die durch Restriktionen verursachte Verdrängung führt zur weiteren Marginalisierung und Prekarisierung von Sexarbeitenden.
Gesetzlich werden den Sexarbeitenden viele Pflichten auferlegt, so u.a. die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrolluntersuchungen, allerdings wenig Rechte gegeben.

Wir fordern deshalb:

- die vollständige Entkriminalisierung der Sexarbeit und somit die Gleichstellung mit anderen Berufen!
- Mehr legale Arbeitsmöglichkeiten für Sexarbeitende: Erlaubniszonen, Studios, Hausbesuche! Sexarbeitende müssen die Möglichkeit haben, selbstbestimmt zu entscheiden, wann sie wie wo und unter welchen Bedingungen sexuelle Dienstleistungen anbieten wollen!

Rights Not Rescue! Only Rights Can Stop the Wrongs!

iBUS
Innsbrucker Beratung
und Unterstützung für
Sexarbeiter*innen

Lesung mit Podiumsdiskussion am 1. Juni 2022

Sexarbeit – im Würgegriff von Paragraphen und Vorurteilen

Lesung aus dem Buch „Ich bin Sexarbeiterin“ mit anschließendem Gespräch zu aktuellen Problemen in Innsbruck

Das Buch „Ich bin Sexarbeiterin“, das vom Appell „Sexarbeit ist Arbeit“ im Jahr 2020 herausgegeben wurde, gibt Sexarbeitenden eine Stimme, die in den Medien und der Politik oft zu wenig gehört wird. Wie sind die Lebensrealitäten von Sexarbeitenden? Was sind ihre Bedürfnisse? Welche Probleme haben sie? Und wie kann man diese lösen?
Am 1. Juni – am Vorabend des Internationalen Hurentages, dem wichtigsten Tag für die Rechte von Sexarbeitenden – wollen wir einige dieser Stimmen hören und anschließend mit Zeliha Arslan (Die Grünen) diskutieren: wie steht es um die aktuelle politische Diskussion um Sexarbeit in Tirol? Was braucht es, um Sexarbeit selbstbestimmt ausüben zu können?
Am Podium diskutieren die Herausgeberin des Buches Rebecca Angelini (ProCore), Zeliha Arslan (Die Grünen) und eine Sozialarbeiterin von iBUS.

1. Juni, 19 Uhr
Stadtbibliothek Innsbruck

iBUS
Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiter*innen

iBUS Infostand und Presseaussendung zum 2. Juni 2022

Presseaussendung 2. Juni 2022

Internationaler Hurentag

Anlässlich des diesjährigen Internationalen Hurentages, der seit 1975 jedes Jahr am 2. Juni begangen wird, kritisiert **PRO SEX WORK - Allianz für Sexarbeiter*innenrechte** - bestehend aus den Sexarbeiter*innen-Selbstorganisationen sexworker.at und Red Edition, sowie den Beratungseinrichtungen maiz (Linz), PiA (Salzburg), iBUS (Innsbruck), SXA-Info (Graz) und LEFÖ (Wien) – die stigmatisierende Darstellung von Sexarbeit in den Medien sowie hinterfragenswerte Vorgehensweisen der Exekutive.

Wir stellen vermehrt fest, dass derzeit in diversen Medien verunglimpfende Schlagzeilen in Bezug auf Sexarbeit erscheinen: *„Freier leben gefährlich, wenn sie die Dienste von Sexarbeitenden in Anspruch nehmen, weil diese die vorgeschriebenen Untersuchungen nicht machen und deshalb nicht frei von Geschlechtskrankheiten sein könnten.“*

In einem anderen Medium ist zu lesen, dass sich vermehrt Kunden von Sexarbeiter*innen in Wien mit Geschlechtskrankheiten angesteckt hätten. Diese Botschaft wird mit anonymen Anrufen begründet.

Die Gefahr der Ansteckung geht laut dieser Pressemeldungen von den Sexarbeitenden aus, die nur durch Untersuchungen geschützt werden können. Freier hingegen können nur sicher sein, dass sie keine Krankheit bekommen, wenn sie die Kontrollkarten der Sexarbeiter*innen überprüfen würden oder, wenn sie ein behördlich genehmigtes Bordell besuchen.

Derartige Aussagen verarmen jede Debatte über das Thema und zeigen Missachtung und Ignoranz gegenüber den (meist rassifizierten) Menschen, die in der Sexarbeit tätig sind. Sie

haben auch eine gefährliche Nebenwirkung: Sie führen zu Diskriminierung und Stigmatisierung.

Die – in Österreich als einzigem Land weltweit – verpflichtenden Untersuchungen, die durch Amtsärzt*innen vollzogen werden, verursachen, dass die Verantwortung für Prävention und Körperhygiene ausschließlich den Sexarbeitenden aufgebürdet wird und blendet aus, dass die Freier mit Selbstbestimmung ausgestattet und für ihre Entscheidungen gleichermaßen verantwortlich sind.

In einem anderen Artikel ist zu lesen, dass die Polizei sogar schon dazu übergeht, Privatwohnungen anzumieten, um verdeckte Ermittlungen (Agent Provocateur) durchzuführen. Ein Tiefpunkt der Polizeiarbeit, der uns hinterfragen lässt, ob diese Vorgehensweise im Rahmen des Verwaltungsrechtes gerechtfertigt ist und mit den eigentlichen Aufgaben der Exekutive in Einklang zu bringen ist.

Weiters wurde uns vermehrt zugetragen, dass die Exekutive bei Kontrollen in den Betrieben immer wieder Fotos von Sexarbeitenden mache. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, welche gesetzlichen Vorgaben dem zu Grunde liegen und es werfen sich uns folgende Fragen auf:

Wo werden diese Fotos gespeichert?
Wer hat darauf Zugriff?
Werden diese gelöscht?
Inwieweit werden hierbei Datenschutz- und Persönlichkeitsrechte gewahrt?

Wir fordern deshalb:

- Sowohl eine selbstkritische und hinterfragende Haltung, als auch einen sensiblen Sprachgebrauch in den Medien: die Kommunikation kann zu Gewalt und mehr Stigmatisierung führen
- Ein Ende von verdeckten Polizeiermittlungen und photographischen Aufnahmen von Sexarbeitenden in ihrer Arbeitskleidung
- Die Abschaffung der Zwangsregistrierung und Pflichtuntersuchungen
- Die Anerkennung von Sexarbeit als selbstbestimmte Arbeit
- Vollständige Entkriminalisierung aller Aspekte von Sexarbeit und ein Ende der Illegalisierung
- Die Miteinbeziehung von Sexarbeiter*innen, in sie betreffende politische Entscheidungsprozesse.

iBUS
Innsbrucker Beratung
und Unterstützung für
Sexarbeiter*innen

6.10. 2022 Fotoausstellung von Tim Oehler mit Podiumsdiskussion

SEX-WORKERS Fotoausstellung - Das ganz normale Leben

Vernissage und Künstlergespräch mit Tim Öhler und Protagonist*innen

iBUS – die Innsbrucker Beratungsstelle für Sexarbeiter*innen lädt zu der Vernissage „Sex -Workers. Das ganz normale Leben“ von Tim Öhler in die Kulturbäckerei. Der Hamburger Fotograf präsentiert Bilder seines ausdruckstarken Fotobandes „Sex-Workers“ der während der Coronazeit entstanden ist und Sexarbeiter*innen in ehrlichen, niemals voyeuristischen Aufnahmen, zeigt. Die tabuisierte Sexarbeit bekommt ein Gesicht. Respektvoll und offen. Bei der Vernissage wird der Künstler selber und zwei Protagonist*innen anwesend sein und über Erlebtes berichten.

„Urteile nicht über ein Leben, dass Du nicht selbst gelebt hast." Das steht in großen Lettern auf einer der Einleitungsseiten und gibt als Grundmotiv die Richtung vor. Jede/r Akteur*in wird im typischen Arbeitsumfeld gezeigt, aber auch Einblicke in das Privatleben sind zu sehen. In sehr persönlichen Texten schildern die Teilnehmer*innen ihre Sicht auf die Sexarbeit und ihr jeweiliges Selbstverständnis in dieser vielfältigen Branche. Sie wünschen sich, dass ihre Perspektive dazu beiträgt, den stigmatisierenden Umgang mit der Sexarbeit zu überwinden. Miteinander reden, nicht übereinander. Das ist der Weg zu mehr Wertschätzung.

Vernissage 6.10. ab 19 Uhr
Ausstellung vom 6.10. bis 29.10.

iBUS
Innsbrucker Beratung
und Unterstützung für
Sexarbeiter*innen

Artikel in der Tiroler Krone vom 8.10. 2022

Ausstellung „Sex-Workers" zeigt Berufsleben und Alltag:

Auch nur ein normaler Job!

Die Fotoausstellung „Sex-Workers", derzeit in der Innsbrucker Kulturlocation „Die Bäckerei" zu sehen, zeigt Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter in Berufssituationen und in ihrem Alltag. Basierend auf dem gleichnamigen Buch von Tim Oehler hat man dafür aus den insgesamt 30 Porträts im Buch zwölf ausgewählt.

Der industrielle, unfertige Charme der Bäckerei-Wände und -Gänge tut den Fotos überaus gut. Hochglanz hätte nämlich wohl nicht gepasst, denn die Bilder von Oehler sind frei von Glorifizierung des Tuns und Lebens der Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter.

Sie zeigen, zumindest der Intention nach, das, was ist, ganz ohne Voyeurismus und mit größtmöglicher Selbstbestimmung der Protagonistinnen und Protagonisten. Die Montage der Bilder und Texte funktioniert bestens. Links sieht man die Akteurinnen und Akteure etwa in Sportkleidung, rechts beispielsweise im Striptease-Club.

Selbstverfasste Texte der Protagonisten

Die Texte rechts sind dann schließlich – und das macht einen guten Teil des Reizes der Ausstellung aus – von den Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern selbst verfasst. In diesen beschreiben sie ihren Antrieb und ihre Motivation, in diesem Berufsfeld tätig zu sein. Das damit gezeichnete Bild ist meist nicht düster, nicht von Zwang und sozialem Abstieg geprägt, sondern von Selbstermächtigung, bewusster Entscheidung und Freiheitsgedanken. Die von Oehler gezeigten Personen üben ihren Job gerne aus und die Ausstellung soll, wie das Buch auch, die Sexarbeit als einen ganz normalen Beruf zeigen und damit enttabuisieren.

Vielfältiger Blick auf das „ganz normale Leben"

„Ursprung meiner Projekt-Idee war eine Werkschau in Paris, die sich der Prostitution in der Malerei gewidmet hat", verrät dann Oehler noch in einer die Vernissage begleitendenden Diskussion mit zwei Fotoband-Porträtierten, Ferdinand und Tamara. Letztere, die unter anderem in einem Bordell arbeitet und auch als Domina tätig ist, ist voll des Lobes für Oehler, weil er von diesem wohl allzu künstlerischen und beschönigenden Ansatz abweicht. „Mit dem Buch und mit der Ausstellung ist ein vielfältiger Blick auf das ganz normale Leben von uns Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern gelungen", sagt sie.

Markus Stegmayr

Foto: Stegmayr Markus

In der Ausstellung sieht man ein Alltagsbild und ein Berufsbild sowie einen von der gezeigten Person verfassten Text.

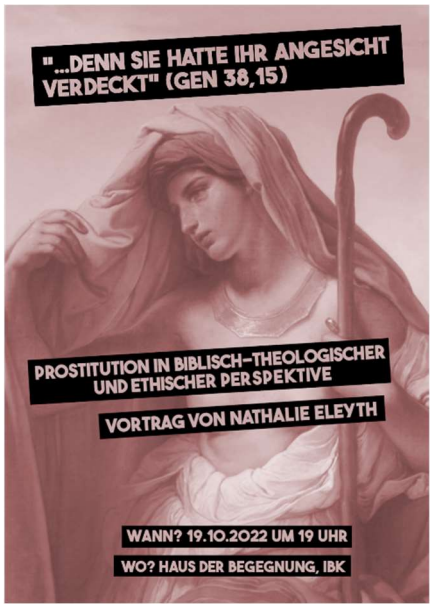
Foto: Stegmayr Markus

In der Diskussion sprachen Tim Oehler (rechts), Tamara, Ferdinand (Mitte) und die Moderatorin Stefanie (links) über das normale Leben der Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter.

iBUS
Innsbrucker Beratung
und Unterstützung für
Sexarbeiter*innen

19.10. 2022 Vortrag von Nathalie Eleyth im Haus der Begegnung

"...denn sie hatte ihr Angesicht verdeckt" (Gen 38,15)
Prostitution in biblisch-theologischer und ethischer Perspektive"



Über Jahrhunderte hat die Kirche mit ihrer Morallehre dazu beigetragen, Sexualität zu stigmatisieren. Sex und Prostitution gelten immer noch als Tabuthema in der Kirche, obwohl Prostituierte sogar im Stammbaum von Jesu aufscheinen und in der Bibel zu finden sind. Die evangelische Theologin und Pastorin Nathalie Eleyth wird für uns dieses Spannungsfeld - das Bild der Prostituierten in der Bibel, die Sexualethik der Kirche und aktuelle gesellschaftspolitische Diskussionen - beleuchten. Sie setzt sich kritisch mit theologischen-biblischen Leitbildern von Sexualität auseinander und es werden ethische Perspektiven hinsichtlich der Kategorien Körperlichkeit, Gendergerechtigkeit und Selbstbestimmung vorgestellt. Warum es in Bochum einen „Hurengottesdienst“ gibt und warum sie meint, die Kirche brauche einen nüchternen Blick auf Sexualität, wird sie mit uns auch im Anschluss an den Vortrag diskutieren.

Die Vortragende
Nathalie Eleyth wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Christliche Gesellschaftslehre an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum. Nach dem Studium der Evangelischen Theologie und Religionswissenschaft arbeitete sie zunächst vier Jahre als Jugendpastorin in Krefeld. Neben Aufgaben in universitärer Lehre und Forschung erarbeitet Nathalie Eleyth gegenwärtig ihre Dissertation am o.g. Lehrstuhl zu Fragen einer theologisch-ethischen Bewertung von Prostitution und ist Redakteurin der theologischen Fachzeitschrift „Zeitschrift für Evangelische Ethik".

Die Veranstalterinnen:
iBUS (Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiter*innen) ist eine 2013 gegründete Beratungsstelle für aktive oder ehemalige Sexarbeitende, die beim Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft (AEP) angesiedelt. Wir machen auch Öffentlichkeitsarbeit und Multiplikator*innentraining, um zu einer Entstigmatisierung dieses Berufsfeldes beizutragen.
Die **Katholische Frauenbewegung (kfb)** ist eine Gemeinschaft von Frauen, die sich aktiv in Kirche, Gesellschaft und Politik für die Anliegen von Frauen einsetzt. Ihr feministisches Selbstverständnis findet Ausdruck in ihrem Engagement für Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen von Kirche und Gesellschaft ebenso wie in ihrer Spiritualität.

iBUS
Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiter*innen

Instagram Kampagne und Broschüre: 16 Tage gegen genderbasierte Gewalt

Die Beratungsstelle iBUS setzt sich seit 2013 für die rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung von Sexarbeit als Arbeit ein, um gegen die Ausbeutung in der Sexindustrie zu kämpfen. Gewalt und Ausbeutung sind aus unserer Perspektive nicht per se der Sexarbeit inhärent, sondern werden durch strukturelle, rechtliche und staatliche Rahmenbedingungen begünstigt. Die fehlenden Rechte für Migrant*innen und (migrantische) Sexarbeiter*innen fördern indes Ausbeutung, Abhängigkeiten (u.a. von Betreiber*innen) und Gewalt.

Aufgrund verschiedener Faktoren ist Sexarbeit ein Berufsfeld das überdurchschnittlich stark von Gewalt an Frauen gekennzeichnet ist. Viele Gewaltübergriffe gegenüber Sexarbeiter*innen sind auf den fehlenden Respekt und die fehlende Anerkennung von Sexarbeit als Arbeit zurückzuführen. Die fehlende gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung Sexarbeiter*innen gegenüber legitimiert und ermöglicht die Gewalt gegen sie.

Diskussionen über Gewalt in der Sexbranche beschränken sich in hegemonialen Diskursen oftmals auf jene Vorstellungen von physischer und/oder psychischer Gewalt, die durch Einzelpersonen ausgeübt wird. Die Fokussierung auf diese spezifischen Gewaltformen und die damit einhergehende Täter-Opfer-Dichotomie, die Teil einer klischeebehafteten Wahrnehmung der Branche ist, führt in der Regel dazu, dass gewaltvolle strukturelle und somit auch gesellschaftliche Rahmenbedingungen ausgeblendet werden. Strukturelle Gewalt ist jedoch eine wesentliche Form von Gewalt, da sie viele andere Gewaltformen an Sexarbeiter*innen oft erst möglich macht.

Die strukturelle Gewalt im Bereich der Sexarbeit betrifft nahezu alle Sexarbeiter*innen, determiniert Arbeitsbedingungen und schafft Ausbeutungsstrukturen. Für uns ist ein großer Schritt in Richtung Gewaltfreiheit und Chancengleichheit erst erreicht, wenn sich alteingesessene diskriminierende Strukturen ändern und eine Solidarisierung mit Sexarbeitenden realisiert werden kann.

iBUS
Innsbrucker Beratung
und Unterstützung für
Sexarbeiter*innen

In diesen 16 Tagen gegen Gewalt an Frauen zeigen wir 16 Formen struktureller Gewalt gegenüber Sexarbeitenden auf, die anhand diskriminierender und gesetzlicher Regelungen, Sexarbeiter*innen auf struktureller Ebene Menschen-, Frauen*- und Bürger*innenrechte entziehen, und so wiederum zu direkter Gewalt führen können.

Seit 2013 beraten und begleiten die Sozialarbeiterinnen von iBUS Sexarbeitende in Innsbruck. Die Aktivitäten von iBUS werden dabei von den Bedürfnissen der Sexarbeiter*innen geleitet und sollen die Professionalisierung und Selbstermächtigung von Sexarbeitenden unterstützen. Neben einer umfassenden, anonymen und vertraulichen Beratung und der Weitergabe verschiedener Informationsmaterialien stellen die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit einen unserer Arbeitsschwerpunkte dar. Ziele sind u.a. die Enttabuisierung und Entstigmatisierung von Sexarbeit und die (rechtliche) Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter*innen.

In diesen 16 Tagen zeigen wir strukturelle Gewalt gegenüber Sexarbeitenden auf. Überblick:

Tag 1: Sexarbeit ist Arbeit
Tag 2: “Hurenstigma”
Tag 3: Viktimisierung
Tag 4: “nothing about us without us”
Tag 5: “Nordisches Modell”
Tag 6: Kriminalisierung
Tag 7: Restriktion
Tag 8: Scheinselbständigkeit
Tag 9: Pflichtuntersuchungen
Tag 10: Rechtsunsicherheit
Tag 11: Pauschalbesteuerung
Tag 12: Verdeckte Ermittlungen
Tag 13: Migrationsregelungen
Tag 14: Sexarbeit und Covid-19
Tag 15: Beratungseinrichtungen
Tag 16: Menschenrechte

iBUS
Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiter*innen

Presseaussendung zum 17.12. 2022

Sexarbeitende* fordern ein Ende der Stigmatisierung

Anlässlich des 17. Dezember, dem internationalen Tag gegen Gewalt an Sexarbeitenden fordert die Allianz Pro Sexwork auch im Jahr 2022 erneut eine Entstigmatisierung von Sexarbeit – vor allem auch in der medialen Berichterstattung. Sexarbeit ist kein Synonym für Menschenhandel und muss dementsprechend differenziert auch in den Medien behandelt werden. Gewalt und Ausbeutung sind keine inhärenten Eigenschaften der Sexarbeit, sondern durch strukturelle, rechtliche und staatliche Rahmenbedingungen begünstigt. Diskriminierende Zuschreibungen und Pauschalisierungen von Sexarbeitenden in den Medien verschärfen die ohnehin schon prekäre Situation.

„*Egal wo man hinschaut, das Thema Sexarbeit wird stigmatisierend behandelt. Die mediale Berichterstattung, politische Stimmen aber auch öffentliche Diskurse sind oft voyeuristisch, rassistisch und diskriminierend. Nur selten wird den Stimmen der Sexarbeitenden Gehör gegeben. Sexarbeit wird kaum als legale Erwerbstätigkeit, welche sie in Österreich ist, betrachtet, sondern viel mehr als eine kriminelle Tätigkeit. Es braucht daher einen akzeptierenden Zugang zur Sexarbeit, der Stereotype abbaut und Sexarbeitende in ihren Rechten stärkt.*“ meint eine Sozialarbeiterin der Beratungsstelle Lefö in Wien.

Wenn über Sexarbeit berichtet wird, sollten die Stimmen und Perspektiven von Sexarbeitenden abgebildet werden. Denn wie Sexarbeitende von der Gesellschaft wahrgenommen werden, ist sehr stark mit der medialen Darstellung verbunden. Wir appellieren daher an die Verantwortung der Medien und fordern eine sensible und menschenwürdige Berichterstattung.

„*Allen soll klar sein: Sexarbeit ist ein freigewählter legaler Beruf in Österreich. Sexarbeit ist nicht Menschenhandel. Menschenhandel ist ein Verbrechen. Diesen Unterschied gilt es zu beachten.*“ so die Selbstorganisation sexworker.at.

In diesem Sinne ist es wichtig, Sexarbeit als Arbeit anzuerkennen! Dadurch können Ausbeutung und Diskriminierung verhindert und die Arbeits- und Lebensbedingungen von Sexarbeitenden verbessert werden.

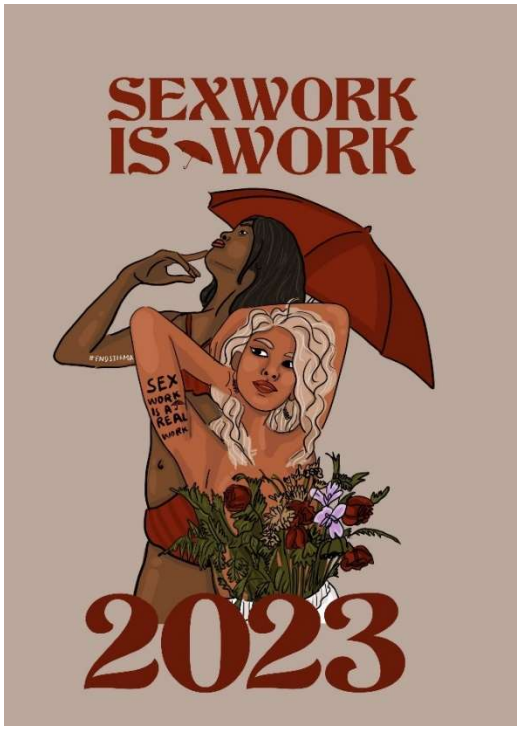
Wir fordern:

- **eine sensible Medienberichterstattung**
- **die Abschaffung diskriminierender Gesetze**
- **die Abschaffung der Pflichtuntersuchung**
- **ein Ende der Kriminalisierung und Illegalisierung von Sexarbeit**

Je weniger Rechte Sexarbeitende haben, desto mehr Gewalt erleben sie. Nur Rechte verhindern Gewalt. Stopp der Stigmatisierung von Sexarbeit!

iBUS
Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiter*innen

Partizipatives Kunstprojekt: KALENDER 2023



Open Call für unser Projekt „Visuelle Solidarität" zum Thema Sexarbeit/Sexarbeiter*innenrechte!

ibus möchte Sexarbeitende und kreative Menschen dazu einladen, sich bei unserem Projekt „Visuelle Solidarität“ zu beteiligen.
Wir haben vor einen Soli-Kalender drucken zu lassen und über den Vertrieb Spenden für Sexarbeiter*innenselbstorganisationen zu sammeln.
Unser Open-Call für die Einreichung bezieht sich daher auf Grafiken (Malerei, Fotografie, Illustration, Sprachkunst, Linolprints etc.) zum Thema Sexarbeit/Sexarbeiter*innenrechte.
Leider können wir nur eine begrenzte Anzahl von Beiträgen für den Kalender verwenden. Eine Jury, bestehend aus Sexarbeiter*innen und unseren Vorstandsfrauen, wird sich 12 Grafiken aussuchen, welche im Kalender gedruckt werden.

Ich bin Freier und sage NEIN zu Gewalt – Flyer und Hotline zur Sensibilisierung von Kund*innen

Wir haben einen Flyer gemacht und in einschlägigen Lokalitäten verteilt und in Freierforen hochgeladen.

Hier wollen wir Kunden von Sexarbeiter*innen ansprechen und eine Sensibilisierung bzgl. Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung bewirken. Kunden von Sexarbeiter*innen sind oft die ersten die Verdachtsfälle melden und im Kampf gegen Menschenhandel ein wichtiger Stakeholder.

iBUS
Innsbrucker Beratung
und Unterstützung für
Sexarbeiter*innen

Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit 2021

- iBUS Redebeitrag am **8. März** 2022
- Artikel und Rezensionen in den **AEP Informationen** sowie einen Gastbeitrag in der **AEP Freiradsendung**
- Austauschtreffen mit der **Politik:** Erlaubniszonen und LPG
- Organisation und Teilnahme an der **AG Prostitution** des BKAm am 10. Und 11. Mai in Innsbruck mit den Landesräten Anton Mattle und Gabi Fischer

- **16 TAGE GEGEN GEWALT AN FRAUEN: iBUS Kampagne zu Gewalt an Sexarbeitenden**

iBUS
Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiter*innen

Pressearbeit 2022

Drei Presseaussendungen mit unseren österreichischen Vernetzungspartner*innen (maiz, PIA, LEFÖ, SXA-Info, Red Edition und Sexarbeiter*innen Plattform sexworker.at) wurden verfasst, übersetzt und veröffentlicht.

- **Pressemitteilung** am 3.3. 2022
- **Pressemitteilung** Am 2. Juni 2022 im Rahmen des internationalen Hurentags
- **Pressemitteilung**: Am 17. Dezember 2022 im Rahmen des internationalen Tages gegen Gewalt an Sexarbeiter*innen, zum Thema Internationaler Tag gegen Gewalt an Sexarbeiter*innen

Weiters gab es mehrere **Zeitungsartikel** über iBUS und Sexarbeit in den Lokalmedien:

- 9.2.2022 in der Tiroler Krone als „Thema des Tages“
- 13.2. 2022 in der Tiroler Krone
- 16.3. 2022 in der Tiroler Krone
- 2.6.2022 in der Tiroler Krone
- 8.10. 2022 in der Tiroler Krone
- 25.11. 2022 in der Tiroler Tageszeitung

Vernetzungen

Netzwerkaktivitäten von iBUS im Jahr 2022:

- **AG Länderkompetenzen am 10. Und 11. Mai in Innsbruck:** iBUS ist Mitglied der Arbeitsgruppe Länderkompetenz Prostitution des Bundeskanzleramtes. Sie dient sowohl der fachlichen Vernetzung und dem regelmäßigen Wissensaustausch als auch der Diskussion von Lösungsmöglichkeiten. In der AG sind derzeit alle Bundesländer vertreten. Das vertretene Berufsspektrum umfasst Expert*innen aus der Exekutive, Rechtsabteilungen, Genehmigungs- und Gesundheitsbehörden, Frauenabteilungen, dem (sozialarbeiterischen) Beratungsbereich sowie der Wissenschaft. Die Abhaltung der AG in Tirol konnte genutzt werden, um die Landesräte Anton Mattle und Gabi Fischer zu einem gemeinsamen Austausch einzuladen.
- Regelmäßige Teilnahme an der **FrauenLesbenvernetzung** (AEP, ArchFem, Aranea, Autonomes FrauenLesben Zentrum, Autonomes Frauenhaus Tirol, DOWAS für

Frauen, Frauen aus allen Ländern, Frauen gegen VerGEWALTigung, Frauenreferat der Diözese Innsbruck, Frauen im Brennpunkt, Gleichbehandlungsanwaltschaft Regionalstelle für Tirol, Vorarlberg und Salzburg, iBUS, Kinovi[sie]on, Netzwerk ö. Frauen- und Mädchenberatungsstellen in Innsbruck)

- **Netzwerk - Beratungseinrichtungen für Sexarbeiter*innen Österreich**. Zwei Vernetzungstreffen mit anderen österreichischen Organisationen, die im gleichen Bereich - der Beratung von Sexarbeiter*innen - tätig sind (maiz, PIA, LEFÖ, SXA-Info, der Selbstorganisation migrantischer Sexarbeiter*innen Red Edition und Sexarbeiter*innen Plattform sexworker.at)
- **SPAK (Sozial politischer Arbeitskreis):** sozialpolitische Arbeit zusammen mit unterschiedlichen Vereinen (Dowas, Diakonie Flüchtlingsdienst, Frauenhaus, Z6, etc) der sozialen Arbeit in Innsbruck. Auch hier finden politische Treffen statt.
- **Vernetzung** mit weiteren lokal- und regional agierenden Vereinen und Kooperationspartner*innen, z.B. der Aidshilfe Tirol und der Caritas.